

**Fürst Bismarck und die Arbeiterpartei.**

Aus der Rede des Reichskanzlers  
bei der ersten Lesung des Sozialistengesetzes in der Sitzung des  
Reichstages vom 17. September.

Ich hatte, nachdem ich zwei Monate lang gezwungen gewesen bin, mich jeder amtlichen Beschäftigung zu enthalten, nicht die Absicht und habe sie, genau genommen, auch heute noch nicht, mich an den Diskussionen der ersten Lesung zu betheiligen, sondern dieselbe vorzugsweise zu meiner Orientirung nach einer langen Pause zu verwenden. Wenn ich dennoch jetzt das Wort ergreife, so geschieht dies nicht etwa, um auf das prinzipielle und rhetorische Feld einzugehen, das der Redner (Dr. Hänel) soeben betreten hat; es werden sich die Sachen in ihre praktischen Details wohl auflösen, wenn wir sie in der Kommission und in der zweiten Lesung verhandeln. Ich bin nur dazu gezwungen durch den Umstand, daß der Abg. Bebel gestern, sowie früher der Abg. Richter auch schon ähnliche Andeutungen gemacht hat, einer Legende über mich zum Organ gedient hat, die, wenn ich hier nicht widerspreche, doch schließlich Geschichte werden könnte, wie so manche Zeitungs- und andere Lüge, die auf meine Kosten verbreitet worden ist und die allmählig eine gewisse Konsistenz gewonnen hat. Der Abgeordnete Richter hat über die sogenannte Hödel'sche Vorlage in meiner Abwesenheit schon angedeutet, ich hätte mich mit der Sozialdemokratie in Beziehungen befunden, die mir eine gewisse Mitverantwortlichkeit für die jetzige Entwicklung der Sachen auferlegten; wenigstens war es offenbar sein Wunsch, diesen Eindruck im Publikum und in der Versammlung zu machen. Ich bin, als ich das in der ländlichen Einsamkeit gelesen habe, doch etwas erstaunt gewesen, daß der Abg. Richter sich an den äußerlichen Buchstaben des Wortes »Sozialdemokratie« klammert und daß er nicht unterscheidet zwischen den ehrlichen Bestrebungen nach Verbesserung des Looses der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegt, und dem, was wir heute zu unserem Bedauern und mit Schmerz genöthigt sind, unter dem Begriff Sozialdemokratie zu begreifen. Will der Abg. Richter so zu sagen das Kind mit dem Bade ausschütten und uns veranlassen, daß wir, wenn wir die bis zum Königsmord gesteigerten Bestrebungen der jetzigen Sekte niederzuhalten suchen, gleichzeitig dabei auch jede Bemühung, das Loos der Arbeiter, seinen Antheil an dem Lohn, den die Gesamtarbeit, seine und die seiner Arbeitgeber zusammen, hat, zu verbessern, dann gehe ich nicht mit ihm, und ich bin entschlossen, die Bestrebungen, die man mir von damals vorwirft, sobald ich Zeit und Möglichkeit dazu habe und meine Ressortverhältnisse mir das erlauben, auch noch fortzusetzen und rechne mir das zur Ehre an. Der Abgeordnete Richter wird doch schwerlich Leute, die sich damit vor 1<sup>1/2</sup> Jahren befaßten, das Loos der Arbeiter zu verbessern, auch diejenigen — ich nenne jemand, der mir durch Lesen seiner Bücher, weniger persönlich näher gestanden hat, also Rodbertus und ähnliche Leute der Wissenschaft und des Wohlwollens für Arbeiter — die wird er doch nicht mit dem Meuchel der Nihilisten und mit der Plinte Nobiling's in eine Kategorie werfen wollen! — — Bei dem Abgeordneten Bebel nehme ich nicht an, daß er mit der Unwahrheit alles dessen, was er gesagt hat, bekannt gewesen ist. Es ist ihm erzählt, er hat es geglaubt und erzählt es weiter. Wenn er diese Zusammenstellung von Wahren und Falschem, die ich mir aus dem gestrigen Berichte habe geben lassen, selbst erfunden hätte, dann hätte er vielleicht Talent, Korrespondent der »Times« oder sonst einer größeren Zeitung zu werden. Er fängt seine Geschichtserzählung mit vielen Details an, als hätte er sie genau im Gedächtniß oder selbst erlebt, mit Anführungszeichen bei Worten von mir, die er anführt; aber leider setzt er sie etwas zu früh an. »Im September 1862 erschien eines Sonntags in Mitte unseres Comités ein Herr Eichler im Auftrage der preussischen Regierung, speziell des Fürsten Bismarck.« Nun wissen die Aelteren unter uns, daß ich in meine amtlichen Funktionen eingetreten bin am 23. September 1862, also in der letzten Woche des Monats, in welchem ich dem Eichler einen Auftrag gegeben haben soll. Ich kam damals aus dem Auslande nach einer langen Abwesenheit, während welcher ich die Gelegenheit nicht gehabt hatte, mich mit inländischer Politik, namentlich mit einem so wenig bekannten Manne wie Eichler ist, zu beschäftigen. Ich habe damals von der Existenz dieses Menschen gar nichts gewußt und sollte im September 1862, also in dem Moment, wo ich aus der heftigen Temperatur der Diplomatie in das sehr heiße Gesecht dem Landtage gegenüber hineingeriet, wo ich jeden Abend Kommissions-sitzungen hatte, wo ich so zu sagen froh war, wenn ich das ministerielle Leben weiter führen konnte, wo ich Kollegen zu werben, bald nach Paris zu gehen und mich zu verabschieden hatte — in der Zeit soll ich hier schon mit Herrn Eichler gesprochen haben und dieser erscheint schon »im speziellen Auftrage des Herrn von Bismarck«. —

Im Uebrigen kann ich versichern, daß ich in meinem Leben mit keinem Sozialdemokraten geschäftlich verhandelt habe und kein Sozialdemokrat mit mir, denn Cassalle rechne ich nicht dazu, das war eine viel vornehmere Natur als seine Epigonen (Nachfolger), das war ein bedeutender Mann, mit dem konnte man wohl sprechen. Also es ist dies vollständig von Anfang bis zu Ende unwahr und Herrn Bebel wird es gewiß lieb sein, dies zu erfahren, denn ich stelle dadurch der Sozialdemokratie das Zeugniß aus, daß sie nie gebuhlt hat mit der ministeriellen Macht, um sich zum Werkzeug gegen andere Parteien gebrauchen zu lassen. Aber es ist dies unwahr, daß das von ministerieller Seite jemals versucht worden ist.

Was nun das betrifft, daß ich mich damals gegen den Fortschritt wenden wollte, nun jeder, der noch ein Gedächtniß an jene Zeit hat, wird sich auch erinnern, daß ich im Winter 1862/63 offenbar auf eine Versöhnung, nicht auf einen Konflikt rechnete. Ich brauche nur an das Vincke'sche Amendement zu erinnern, dessen Genehmigung von Seiten Seiner Majestät des Königs ich mit einiger Mühe erreicht hatte, was aber die dadurch angestrebte Vermittelung nicht brachte, weil ich mich auch noch auf die Motive verpflichten sollte. Es ist nicht meine Absicht, alte Streitigkeiten zu erneuern, sondern zu beweisen, daß ich damals durchaus nicht in der Stimmung war, nach einem Bündniß wilder Völkerschaften zu suchen, sondern daß sie auf eine Versöhnung gerichtet war.

»Dann trat Cassalle auf« (so heißt es weiter in Bebel's Rede) »und von Neuem machte die Regierung die äußersten Anstrengungen mit Cassalle, der es nicht suchte, in Verbindung zu treten, und die Verhandlungen wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauses und die Gräfin Hafffeld angefangen.« Das machte mir beim Lesen einen komischen Eindruck. Selbst in diesen Kreisen kann man ohne eine gewisse Staffage aus den höchsten Gesellschaftskreisen nicht auskommen. Ein königlicher Prinz, eine Gräfin und ein Gesandter werden hineingezogen. Das gehört zur Dekoration, um das Ganze glaublich zu machen und um den Zuhörer, der außer Stande ist, nach seinem Bildungsgange zu prüfen, eine Idee von der Richtigkeit beizubringen. Ich bedauere, daß man dem Abg. Bebel den königlichen Prinzen — es giebt deren sehr viele — nicht näher bezeichnet hat. Wenn er seinen Gewährsmann darum vielleicht bitten wollte, es wäre von historischem Interesse, daß der Prinz unter den sechs oder acht, die damals lebten, näher bezeichnet würde. Bis dahin muß ich mir aber erlauben, dies positiv zu bestreiten. Ich wenigstens habe keiner prinzipiellen Verbindung bedurft, um zu Cassalle zu gelangen, oder ihn zu mir zu bringen, und die Frau Gräfin Hafffeld habe ich nicht die Ehre zu kennen. Cassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfnis mit mir in Beziehung zu treten, und nachdem ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich, Briefe zu finden, welche den Wunsch aussprechen und die Gründe enthalten, die mich dazu bestimmten, seinen Wunsch zu erfüllen und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche drei bis vier mal gesehen, sondern im Ganzen drei bis vier mal. Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verbindung haben. Was hätte mir Cassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des (Gabe und Gegengabe) eine Sache, die im Hintergrunde schlummert, auch wenn man anstandslos einwilligt nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß: Was kannst du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich jemals verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner in dieser Art, er hatte eine sehr ausgeprägte nationale Gesinnung; seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen gewissen Berührungspunkt. Cassalle war ehrgeizig im hohen Stile und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Cassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Aber diesen kümmerlichen Epigonen, die sich mit ihm brüsten, hätte er ein quos ego (ein niederträchtigeres Machtwort) zugeschleudert und mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen und würde sie wohl außer Stande gesetzt haben, seinen Namen zu gebrauchen. Cassalle war ein kluger und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war, unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert und ich habe es immer bedauert, wenn sie geschlossen waren. Dabei ist auch unrichtig, daß ich mit Cassalle auseinandergekommen sein soll in dieser Art von persönlichen Beziehungen, von Beziehungen persönlichen Wohlwollens, wie sie sich zwischen uns gebildet hatten,

indem er den angenehmen Eindruck hatte, daß ich in ihm einen Mann von Geist sehe, mit dem zu verkehren angenehm war, und daß ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war. Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unseren Unterredungen wenig zu Worte kam; er trug die Kosten der Unterhaltung allein, aber er trug sie in angenehmer und lebenswürdiger Weise, und Jeder, der ihn kannte, wird mir in dieser Schilderung Recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem bestimmte Abmachungen abgeschlossen werden konnten, aber ich bedauere, daß seine politische Stellung und die meinige mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren und ich würde mich freuen, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben.

Wenn dieser Mann durch seinen Geist und seine Bedeutung mich anzog, so ist es ja doch meine Pflicht als Minister, mich über die Elemente, mit denen ich es zu thun habe, zu informieren, und ich würde in Folge dessen auch, wenn der Abg. Bebel den Wunsch hätte, sich Abends mit mir zu unterhalten, ihm nicht ausweichen; ich würde daran vielleicht die Hoffnung knüpfen, daß ich endlich auch erführe, wie der Abg. Bebel und seine Genossen sich den Zukunftsstaat, auf den sie uns durch Niederreisen alles dessen, was besteht, was uns theuer ist und schützt, vorbereiten wollen, eigentlich denken. Es ist das außerordentlich schwierig, so lange wir darüber fast in demselben Dunkel tappen, wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den Reden in sozialdemokratischen Versammlungen; sie wissen auch nichts, es wird ihnen versprochen, es werde besser werden bei wenig Arbeit und viel Geld — woher das kommt, sagt kein Mensch, namentlich woher es auf die Dauer kommt, wenn die Theilung, die Vererbung der Besitzenden geschieht, denn dann wird der Arbeitsame und Sparsame wieder reich werden und der Faulen und Ungeschickte wieder arm, und wenn das nicht ist, wenn Jedem das Seinige zugewiesen werden soll, strebt man eine zucht hausmäßige Existenz an, wo keiner seinen Beruf und seine Lebensweise hat, sondern wo ein Jeder unter dem Zwang der Aufsicht steht. Im Zucht haus ist jetzt wenigstens ein Mann zur Kontrolle, das ist ein achtbarer Beamte, über den man sich beschweren kann, aber wer werden dann die Aufsicht sein bei diesem allgemeinen Zucht haus? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredsamkeit die große Masse, die Majorität der Stimmen für sich gewinnen, gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosen Tyrannen und Knechte der Tyrannen sein, die je gefunden wurden. Ich glaube, Jeder wird, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Rügen zu erfahren kriegen, abgeschreckt werden; denn offen hat noch keiner der Herren ein Programm geben können; sowie sie mit einem Programm auftreten, wie sie sich die Zukunft gestaltet denken, so laßt sie jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen.

Das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals noch meines Wissens den Hauptkern in der Sozialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch was mir Lassaile darüber mittheilte, war ja anregend und lehrreich, denn er wußte viel und hatte viel gelernt; das möchte ich nur den Herren, die seine Nachfolger werden wollen, immer empfehlen.

Unsere Unterhaltungen drehten sich ja gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht; aber auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, dasselbe durch Otkrovirung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe es mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition acceptirt. In den damaligen Divisitäten mit den Gegnern des Reiches war die Karte einmal ausgespielt, wir haben sie als auf dem Tische liegen gebliebene Hinterlassenschaft gefunden. Eine feste Ueberzeugung von ihrer Wirkung habe ich damals schwer gehabt, wenigstens nur nach der Richtung, daß im Kampfe dieses populäre Mittel benutzt wurde. Eine Ueberzeugung über die Wirkung ist leicht zu gewinnen, obschon wir eine langjährige Probe verschiedener Systeme neben einander haben. Wir haben ja einen Reichstag nach allgemeinem Stimmrecht, ein anderes System für den preussischen Landtag. Viele von Ihnen sind ja Mitglieder beider Versammlungen, Sie können sich einigermaßen ein Urtheil über beide Systeme bilden und sagen, was Ihnen besser gefällt. Ich will lieber, wird der Eine sagen, mit dem Reichstage verkehren; der Andere vielleicht lieber mit dem Landtag. Ich will weder dem Landtage etwas Unangenehmes, noch dem Reichstage eine Schmeichelei sagen, aber ich verkehre lieber hier inmitten der Ergebnisse des allgemeinen Stimmrechtes, trotz der Auswüchse desselben. Die Nachweise, warum, überlasse ich jedem selbst zu finden. Aber ich kann mich nicht dazu verstehen, zuzugeben, daß das allgemeine Stimmrecht ad absurdum geführt (als unrichtig erwiesen) wäre durch diese Ergebnisse.

Ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften, — das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Sei es nun unter dem Eindruck von Lassaile's Raisonnement, oder unter dem Eindruck meiner eigenen Ueberzeugung, die ich zum Theil in England während eines Aufenthaltes im Jahre 1862 gewonnen hatte, mir

schien es, daß in der Herstellung von Produktivassoziationen, wie sie in England in blühenden Verhältnissen existiren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Theil des Unternehmergewinnes zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit Sr. Majestät, der für das Schicksal der arbeitenden Klassen ein natürliches, angeborenes Wohlwollen hat, gesprochen, und der König hat damals eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eigenen Ueberzeugung, ob so etwas ginge, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brod gekommen war und sich hier meldete, etwas der Art zu versuchen. —

Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, wie ich mich dabei verhalten habe, so ist es doch höchstens das, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebnis. Aber das war nicht mein Departement; ich hatte die Zeit nicht dazu; es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik; während des Konfliktes war viel zu thun; man hatte keine Zeit zu derartigem. Aber wie man mir daraus einen Vorwurf machen kann, daß ich mit Geldern, die nicht Staatsmittel waren, sondern die Sr. Majestät aus Privatmitteln dazu geschenkt hatte, einen solchen Versuch machte, kann ich nicht verstehen.

Ich komme zu der Frage zurück, wann und warum ich diese Bemühungen aufgegeben habe. Es stammt dies von dem Augenblicke her, wo in verfallener Reichstage, ich weiß nicht, war es der Abg. Bebel oder Liebknecht, im pathetischen Appell die französische Kommune als ein Beispiel von politischer Weisheit hinstellte und sich offen zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblicke an habe ich die Wucht der Ueberzeugung empfunden, dies war ein Lichtstrahl, der mir plötzlich die Sache erhellte. Seitdem habe ich in diesen Elementen einen Feind bekämpft, gegen den der Staat und die Gesellschaft sich im Stande der Nothwehr befindet. Die in dieser Beziehung von mir gemachten Versuche sind ja noch in der Erinnerung des Reichstages; Sie wissen ja, ich bin damit nicht durchgekommen, ich habe viel Vorwürfe darüber hören müssen, aber es hat an den Versuchen nicht gefehlt. Ich glaube auch nicht an die Fruchtlosigkeit unserer Versuche, von der man immer spricht. Ist denn dieser rhetorische Appell, der damals auf der Tribüne gemacht wurde, dieser Appell an die Drohungen und die Gewaltthat, ist denn der bloß als eine rhetorische Form zu nehmen, hat sich denn das nicht seit der langjährigen Pressefreiheit immer gezeigt, auch ohne, daß es so deutlich wird wie in den letzten Wochen. Ich erinnere mich eines Artikels, ich glaube aus einem sozialistischen Blatte, da war der Mord des Generals Messemow als eine gerechte Hinrichtung geschildert und in wenig mißverständlichen Ausdrücken die Anwendung des ähnlichen Systems auf unsere deutschen Verhältnisse gemacht und er schloß mit dem Worte: discite moniti! (Ihr seid gewarnt!) Der Artikel wird Ihnen wohl allen in Erinnerung sein. In ganz jüngster Zeit habe ich aus denselben Kreisen einen anderen Artikel gelesen, wahrscheinlich von derselben Zeitung, in dem gesagt war: alle unsere Beschlüsse, unsere Gesetze könnten der Sozialdemokratie gar nichts thun, aber die Gesetzgeber und Alle, die dabei mitwirken, möchten sich doch ihrer Verantwortlichkeit einmal recht klar bewußt werden und dergleichen mehr, und es schloß auch mit der deutlichen Wendung des discite moniti mit dem Anklang an diesen Artikel, der große Entrüstung erregte: ihr seid gewarnt! Wovon denn gewarnt? Doch vor nichts anderem, als vor dem nihilistischen Messer und der Robiling'schen Schrotflinte. Ja, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existiren sollen, dann verliert jede Existenz jeden Werth, und ich hoffe, daß der Reichstag daher der Regierung, dem Kaiser, der den Schutz für seine Person, für seine preussischen Unterthanen und seine deutschen Landsleute verlangt — daß wir ihm zur Seite stehen werden. Daß bei der Gelegenheit vielleicht einige Opfer unter uns fallen werden, das ist ja sehr wohl möglich, aber jeder, dem das passiert, mag eingedenk sein, daß er zum Nutzen, zum großen Nutzen seines Vaterlandes auf dem Schlachtfeld der Ehre bleibt.

### Die Mordversuche und die Sozialdemokratie.

Aus der Rede des preussischen Bundesbevollmächtigten Ministers des Innern Grafen zu Culenburg, bei der ersten Lesung der Sozialistenvorlage.

Es ist in zwei Beziehungen in ganz bestimmter Weise Bezug genommen worden auf eine Auskunft, die von den Vertretern der Bundesregierungen erwartet wird; die eine betrifft die gegen den inzwischen verstorbenen Verbrecher Robiling stattgehabte Untersuchung, die andere gewisse Beziehungen, welche zwischen der königlich preussischen Regierung und sozialdemokratischen Vereinen oder Führern stattgehabt haben sollen. In der ersten Beziehung habe ich zu erklären, daß über die Möglichkeit oder Zulässigkeit der Mittheilung der Verhandlungen des Prozesses, welcher gegen Robiling eingeleitet war, die preussische Justizbehörde zu befinden haben würde, wenn die Vor-

legung verlangt wird. So viel aber kann ich Ihnen sagen, daß in der That eine Vernehmung Nobilings stattgefunden hat und daß er in dieser Vernehmung, soviel mir davon bekannt geworden ist, ausgesagt hat, daß er an sozialdemokratischen Versammlungen Theil genommen und an den dort vorgetragenen Lehren Gefallen gefunden habe. Mehr mitzutheilen muß ich mit Rücksicht auf den Umstand, daß die preussische Justizbehörde über die Vorlegung der Akten zu befinden hat, mich enthalten. Wenn nun aber daraus weiter gefolgert worden ist, daß ein Zusammenhang zwischen den ruchlosen Thaten, die im Mai und Juni d. J. stattgefunden haben, und der Sozialdemokratie nicht existire, muß ich zunächst Veranlassung nehmen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß ich im Mai von dieser Stelle aus bereits gesagt habe, die Behauptung ginge nicht dahin, daß diese Thaten direkt von der Sozialdemokratie angestiftet seien; ich bin auch jetzt nicht in der Lage, diese Behauptung aufzustellen oder überhaupt in dieser Richtung Neues beizufügen. Die Behauptung ging vielmehr dahin, daß die Lehren der Sozialdemokratie und die Art und Weise, wie sie in einer leidenschaftlichen Agitation verbreitet werden, wohl geeignet wären, in verwilderten Gemüthern dergleichen traurige Früchte zur Zeitigung zu bringen, wie wir sie zu unserm tiefsten Bedauern haben erleben müssen, und an dieser Behauptung glaube ich, in Uebereinstimmung mit der gesammten deutschen Presse, mit alleiniger Ausnahme der sozialdemokratischen, auch heute noch festhalten zu müssen. Indem ich sicher bin, in dieser Richtung einem Widerspruch nicht zu begegnen, bin ich aber doch genöthigt, einigen Behauptungen gegenüber, die vorher aufgestellt worden sind, daran zu erinnern, welche Stellung die sozialdemokratische Presse diesen Ereignissen gegenüber eingenommen hat. Wie es hier soeben geschehen ist, so wird immer vorangestellt, daß die Sozialdemokratie den Mord, unter welcher Gestalt er auch aufträte, verabscheue. Was aber geschieht gleichzeitig? Es wurde zunächst in den Organen der Sozialdemokratie der Versuch gemacht, den Nachweis zu führen, daß die Attentate bestellte gewesen seien. Als man ein sah, daß auf dem Wege nicht fortzukommen sei, da ging man dazu über, die Unzurechnungsfähigkeit der beiden Verbrecher zu behaupten, sie als isolirte Idioten und ihre Thaten als Erscheinungen darzustellen, wie sie zu allen Zeiten hin und wieder vorgekommen seien und für die Niemand anders verantwortlich sein könne.

Meine Herren, die Untersuchung, die geführt worden ist, hat nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür ergeben, daß die beiden Männer irgendwie nicht im Stande gewesen seien, die Folgen und die Bedeutung ihrer Thaten zu überlegen. Im Gegentheil, Alles, was sich hat feststellen lassen, ist das, daß mit vollkommener Zurechnungsfähigkeit und im letzten Falle mit einer boshaften abgefeimten Prämeditation gehandelt worden ist, wie sie wohl selten vorkommt. Demnach ist man aber hierbei nicht stehen geblieben, sondern es ist in vielen Organen der Sozialdemokratie dazu übergegangen, diese Thaten zu entschuldigen. Man hat nicht die Thäter, sondern die Gesellschaft verantwortlich gemacht für die Verbrechen, welche begangen worden waren. Sie werden sich erinnern eines Artikels des Hauptorgans der Sozialdemokratie des Leipziger »Vorwärts«, welcher schließt: »Nicht sie gebören auf die Anklagebank, sondern Ihr, — Ihr, die Gesellschaft, die es mit den wahnwitzigen und nichtsnutzigen Zuständen hervorgerufen hat, daß dergleichen geschieht.« Parallel damit gingen die Aeußerungen über die frevelhaften Thaten, die in Rußland gegen hohe Beamte versucht, beziehungsweise vollführt sind. In Beziehung auf das Attentat der Wera Cassulisch und den Mord des Generals von Wresenzow haben Sie in einem hier erscheinenden Blatte die Frage gelesen: »Nun, was blieb Jenen denn übrig? Wie anders konnten sie sich helfen?« Endlich hat die Sozialdemokratie im Auslande ausdrücklich und mit direkten Worten ihre Sympathie mit diesen Thaten ausgesprochen. — — —

Ich glaube also voll und ganz berechtigt zu sein, wenn ich wiederhole, die Lehren, die Tendenzen und die Agitationsweise der Sozialdemokratie sind dafür verantwortlich, daß so traurige Dinge bei uns vorkommen. Und wenn Sie diese Lehren und Ziele der Sozialdemokratie etwas näher ins Auge fassen, dann ist nicht, wie vorhin gesagt worden ist, die friedliche Entwicklung das Ziel, sondern die friedliche Entwicklung ist nur eine Etappe, welche zu den letzten Zielen führen soll, Zielen, die auf keinem anderen Wege, als auf dem Wege der Gewalt erreicht werden können! Ihnen gegenüber, meine Herren, die Sie die Programme, die Schriften der Sozialdemokratie näher kennen, brauche ich nicht Schritt vor Schritt diesen Beweis zu führen, der hundert Mal geführt worden ist. Wenn aber jetzt behauptet worden ist, daß gerade Herr Marx derjenige wäre, der es verabscheut, mit anderen als friedlichen Mitteln in die Aktion einzutreten, dann kann ich mir doch nicht versagen, ein paar Aeußerungen gerade dieses Mannes anzuführen, welche das Gegentheil beweisen. Marx sagt in seiner Schrift über das Kapital: »Unsere Zwecke können nur erreicht werden durch den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaft.« Und an einer anderen Stelle, welche in der Schrift

des Herrn Bebel »Unsere Ziele« zitiert wird, heißt es als ein Ausspruch von Marx:

»Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht, sie ist selbst eine ökonomische Potenz.«  
Nun, meine Herren, ich glaube, dies ist Beweis genug, welches die Mittel sind, mit denen allein die Ziele der Sozialdemokratie ins Werk gesetzt werden können, Beweis genug, daß der Staat berechtigt und nach dem Rechte der Nothwehr auch verpflichtet ist, nicht erst abzuwarten, bis die Gewalt eintritt, sondern bei Zeiten diejenigen Maßregeln zu treffen, welche nothwendig sind, um ihr vorzubeugen, um Staat und Gesellschaft gegen die verderblichen Wirkungen solcher Lehren, solcher Agitationen in Schutz zu nehmen.

### Die erste Lesung des Sozialistengesetzes

hat am Montag (16.) und Dienstag stattgefunden und durch ihren Verlauf die Hoffnung erhöht, daß es gelingen werde, eine Vereinbarung auf den wesentlichen Grundlagen des Entwurfs zu erreichen.

Die Berathung wurde durch den Stellvertreter des Reichskanzlers, Graf zu Stolberg-Wernigerode, eingeleitet, welcher vorbehaltlich des näheren Eingehens auf die Bestimmungen des Gesetzes bei der weiteren Berathung zunächst betonte:

»Das Eine will ich schon jetzt mit voller Bestimmtheit erklären, daß die verbündeten Regierungen von der Nothwendigkeit durchdrungen sind, Waffen der Art, wie der Entwurf sie vorschlägt und in Anspruch nimmt, zu erhalten, wenn anders sie in der Lage sein sollen, den Gefahren energisch und mit Erfolg entgegenzutreten, mit welchen die sozialdemokratische Bewegung Staat und Gesellschaft bedroht.«

Er fügte aber weiter hinzu:

»Ich möchte gleich der Annahme im Voraus entgegenreten, als ob die verbündeten Regierungen sich in der Illusion befinden, daß die vorgeschlagenen Maßregeln allein ausreichen könnten und würden, der Bewegung mit Erfolg entgegenzutreten und sie zu beseitigen. Die schwierigste Arbeit wird auf anderen Gebieten liegen. Es wird darauf ankommen und wird Pflicht sein, für den Staat wie für freie Vereinigungen, für die öffentlichen Korporationen wie für die Einzelnen, darauf hinzuwirken, daß Gottesfurcht, Treue, Fleiß, Sparsamkeit, Zuverlässigkeit in Handel und Wandel gekräftigt werden, daß die Verführungen der Sozialdemokratie auf diese Weise nicht mehr so festen Boden gewinnen, daß die Truggebilde, welche in verbreiteten Theorien liegen, beseitigt werden, und daß dafür gesorgt wird, daß nicht diese Agitation unter irgend einem Scheine von Gesellichkeit künftig betrieben werden könne. Diese letztere Thätigkeit ist durchaus nothwendig, wenn es gelingen soll, der Bewegung mit Schärfe und mit Erfolg entgegenzutreten.«

Wenn der Staat solche wirksamen und scharfen Mittel in Anwendung bringt, dann handelt er nicht allein im Interesse seiner Selbsterhaltung, sondern zugleich im Interesse der Bevölkerung selbst, namentlich der arbeitenden Bevölkerung, die jetzt vor Allem den Verführungen der sozialdemokratischen Bewegung ausgesetzt ist.« Er schloß mit den Worten: »Die eine Bitte möchte ich noch an Sie richten: wenn Sie davon überzeugt sind oder im Laufe der Verhandlung die Ueberzeugung gewinnen sollten, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, dann bitte ich Sie, gewähren Sie uns scharfe und wirksame Waffen, mit halben Maßregeln wird mehr geschadet als genützt.«

Die Auffassung der Regierung von der Nothwendigkeit einer energischen Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung an und für sich ist im Laufe der Berathung von allen Parteien außer der Sozialdemokratie selbst bestätigt worden, — in Betreff der Waffen, wie sie die Regierung als allein wirksam in Anspruch nimmt, wird allerdings Seitens der Fortschrittspartei und der ultramontanen Partei der frühere Widerspruch von Neuem geltend gemacht, dagegen scheint die nationalliberale Partei unter den thatsächlichen Verhältnissen, wie sie neuerdings bestimmter zum allseitigen Bewußtsein gelangt sind, ebenso wie die konservativen Parteien bereit, den Regierungen auf dem vorgeschlagenen Wege vorbehaltlich gewisser Aenderungen im Einzelnen zu folgen.

Der einzige Redner der nationalliberalen Partei, welcher in der ersten Lesung das Wort nahm, der Abgeordnete Hamburger, erklärte nach einer Rede des Sozialdemokraten Bebel: »Wenn er noch hätte im Zweifel sein können, so hätte diese Rede ihn davon überzeugt, daß kein Versuch unterlassen werden dürfe, uns von den drohenden Gefahren zu befreien. Wenn die große Mehrheit des Hauses die Ziele der Sozialdemokratie für unverträglich halte mit dem Fortbestehen der Gesellschaft und des Staates, so komme es

Darauf an, den Versuch zu machen, sich der Sozialdemokratie zu erwehren, ehe es zu spät sei, ehe die Katastrophe hereinbreche. Der Redner hält gewisse Bürgschaften im Gesetze, namentlich eine Beschränkung der Zeit der Gültigkeit für wünschenswerth, aber er glaubt, daß die Mehrheit des Hauses bereit sei, redlich mitzuarbeiten, um den Versuch zu machen, einem Bedürfnis, dessen Existenz nicht geleugnet werden kann, abzuhelfen, — wenn man ein Gesetz machen wolle, nur zur Beseitigung der Gefahren und des Uebels, von dem die Rede sei, und zu keinem anderen Zwecke, so werde das Gesetz zu Stande kommen.»

Da es sich im Sinne der Regierungen in der That nur um die Befriedigung jenes offenbaren Bedürfnisses, um die Beseitigung der Gefahren für Staat und Gesellschaft handelt, so ist nach diesen ersten Äußerungen mit einiger Zuversicht zu hoffen, daß die nunmehr beginnende gemeinsame Arbeit im engeren Kreise der parlamentarischen Vertrauensmänner die volle Verständigung zwischen den Regierungen und der Mehrheit des Reichstages erfolgreich vorbereiten werde.

Unter dem Eindruck der jüngsten Berathungen ist auch in der nationalliberalen Presse entschiedener als zuvor die Ueberzeugung zum Ausdruck gelangt, daß Angesichts »der großen und unmittelbaren Gefahr, von welcher die Lebensbedingungen des Staats und der Gesellschaft bedroht sind«, — »die wirksamsten Mittel ergriffen werden müssen, dem bedrohten Gemeinwesen zu Hülfe zu kommen.« Denen gegenüber, welche ungeachtet der sozialdemokratischen Gefahren nur den Standpunkt der Ablehnung aller vorgeschlagenen Maßregeln als »liberal« gelten lassen wollen, wird betont, daß, »so lange es sich um Existenzfragen des Staates handelt, überhaupt nicht von liberal oder illiberal die Rede sein könne.« »Man könnte ebenso gut fragen, ob es liberal sei, einen Staat überhaupt zu haben.« — »Der bürgerlichen Freiheit dienen die Männer am besten, welche bei Zeiten dafür Sorge tragen, daß nicht eines Tages der ganze Inhalt unseres Staatswesens der Kampf der Gewalt mit der Gewalt werde. — Große Gefahren und Augenblicke verlangen auch die Entschlossenheit, den Dingen fest ins Auge zu sehen und die Energie auch ohne die verbürgte Gewißheit des Erfolges zu handeln.«

**Der Reichstag hat am Mittwoch (11.) die Wahl des Präsidiums vorgenommen.**

Das Präsidium hatte bis zum Jahre 1877 aus zwei National-Liberalen und einem Fortschrittsmann, seit den Wahlen von 1877 aus zwei Nationalliberalen (von Forckenbeck und von Stauffenberg) und einem Freikonservativen (Fürst Hohenlohe-Sanguenburg) bestanden.

Bei der diesmaligen Wahl schien eine bedeutende Schwierigkeit von vorn herein daraus entstehen zu sollen, daß der langjährige erste Präsident des Reichstages, von Forckenbeck, nicht geneigt erschien, das wichtige Amt wieder zu übernehmen, weil er sich in Folge der beständigen Wahlkämpfe zwischen den Konservativen und den Liberalen nicht mehr als Mann des Vertrauens der gesammten Mehrheit des Hauses ansehen zu dürfen glaubte. Dieses Bedenken wurde jedoch alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages beseitigt, indem die konservativen Fraktionen entschieden zu erkennen gaben, welchen Werth auch sie auf die erneute Uebertragung der Geschäftsleitung auf den seit Jahren in Unparteilichkeit, Festigkeit und Umsicht erprobten Präsidenten legten.

Nicht ebenso war eine Verständigung über die Stellen der beiden Vizepräsidenten zu erreichen: die versuchten Verhandlungen darüber scheiterten an den gegenseitigen Verstimmungen, welche der Wahlkampf erzeugt hatte.

Nach der Größe der Parteien konnte es in Frage kommen, ob nicht dem Centrum eine Berücksichtigung im Präsidium einzuräumen sei: mit Bezug auf die Haltung aber, welche die ultramontane Partei bei den Wahlen beobachtet hatte, lehnten es ebenso die konservativen Gruppen wie die liberale Partei ab, mit derselben in Verhandlungen zu treten. Das Centrum beschloß demzufolge, bei allen Wahlgängen nur für seinen eigenen Kandidaten zu stimmen.

Aber auch zwischen den Konservativen und den Liberalen kam es über die Vizepräsidenten zu keiner Einigung: die Konservativen meinten, bei dem veränderten Stärkeverhältnisse der Parteien, welches ihnen ein Uebergewicht innerhalb der Gruppen der Mehrheit gewährt, eine Aenderung dahin beanspruchen zu dürfen, daß neben dem der nationalliberalen Partei zugehörigen ersten Präsidenten (von Forckenbeck), nicht wie früher noch ein nationalliberaler und ein freikonservativer, — sondern ein deutsch-konservativer und ein freikonservativer Vizepräsident gewählt würden. Die Nationalliberalen aber

lehnten die Verhandlungen darüber ab, und so mußte denn ohne vorherige Vereinbarung zur Wahl geschritten werden. Zum ersten Präsidenten wurde durch die Vereinigung aller konservativen und liberalen Stimmen der Abgeordnete von Forckenbeck gegen den Kandidaten des Centrums mit 240 gegen 114 (und 3 zersplitterte) Stimmen gewählt, und derselbe nahm die Wahl an.

Bei der Wahl des ersten Vize-Präsidenten theilte sich das Haus zunächst in drei ungefähr gleiche Gruppen: der Kandidat der Nationalliberalen Schenk von Stauffenberg, für den auch die Fortschrittspartei stimmte, erhielt 125, der Kandidat des Centrums (von Frankenstein) mit Hülfe der Partikularisten und Polen 119 und der Kandidat der konservativen Gruppen (von Seydewitz) 115 Stimmen. Nachdem sich bei einem zweiten Wahlgange das Stimmverhältniß wenig verändert hatte, kam es zur Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Nationalliberalen und dem des Centrums. Der Abg. von Stauffenberg, für welchen nunmehr die ganze freikonservative deutsche Reichspartei und ein Theil der Deutsch-Konservativen stimmte, siegte mit 175 Stimmen über den Abg. von Frankenstein, welcher unter Zutritt eines Theils der Deutsch-Konservativen 142 Stimmen erhielt. (Etwa die Hälfte der Deutsch-Konservativen hatte sich der Abstimmung enthalten.)

Zum zweiten Vizepräsidenten wurde, wie früher, Fürst Hohenlohe-Sanguenburg von der deutschen Reichspartei — von den vereinigten Konservativen und Liberalen gegen den Kandidaten des Centrums gewählt.

So ist denn das Präsidium in der alten Zusammensetzung von Neuem eingesetzt.

In der ungewöhnlichen Bedeutung, welche dem Wahlakt beigelegt wurde, und in der Erregung, welche denselben begleitete, war vor Allem ein Nachhall der Wahlbewegung zu erkennen. Die wirkliche Stellung und Gruppierung der Parteien wird selbstverständlich bei den sachlichen Verhandlungen und bei den durch dieselben gebotenen näheren Beziehungen bestimmter hervortreten.

Der Reichstag beschäftigte sich am Freitag (13.) mit einer Interpellation in Betreff des Untergangs des Panzerschiffs »Großer Kurfürst«. Die von dem Chef der Admiralität dabei gegebenen Erklärungen werden in der nächsten Nummer mitgetheilt werden.

Die erste Berathung der Sozialistenvorlage (am 16. und 17.) führte zur Ueberweisung derselben an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Die Berathungen derselben werden jedenfalls die Zeit bis Ende der nächsten Woche in Anspruch nehmen, so daß die weitere Berathung im Reichstage selbst kaum vor dem 30. stattfinden dürfte.

**Unser Kaiser hat die Badekur in Gastein am Freitag (13.) beendet und am Sonnabend (14.) unter den Segenswünschen der Bevölkerung und der Badegäste den Kurort verlassen, dessen stärkende und belebende Kraft sich an Sr. Majestät von Neuem in erfreulichster Weise bewährt hat.**

Der Kaiser hat sich über Salzburg und München nach Wilhelmshöhe bei Kassel begeben, wo dem verehrten Fürsten, sowie der am Abend zuvor (14.) aus Koblenz eingetroffenen Kaiserin ein überaus herzlicher Empfang bereitet war. Als ein neues Anzeichen der glücklich fortgeschrittenen Wiederherstellung Sr. Majestät wird berichtet, daß derselbe bereits wieder das Pferd besteigen kann.

Ihre Majestäten werden bis nach Beendigung der Manöver des 11. Armeecorps auf Wilhelmshöhe verweilen, — am 26. sich nach Köln und am 28. oder 29. nach Baden-Baden begeben, wo am 30. der Geburtstag der Kaiserin begangen wird. Der gemeinsame Aufenthalt in Baden-Baden wird sich voraussichtlich noch eine Zeit lang in den Oktober erstrecken.

**Unser Kronprinz hat sich am Freitag (13.) nach Dornburg in Hannover zu dem Grafen Münster begeben und den Manövern des 10. Armeecorps beigewohnt. Am Sonnabend (14.) früh kehrte Sr. K. Hoheit mit der Frau Kronprinzessin nach Potsdam zurück und empfing das Präsidium des Reichstages. Am Dienstag (17.) fand bei den Kronprinzlichen Herrschaften ein Diner statt, zu welchem auch das Präsidium des Reichstages geladen war.**

Der Kronprinz begiebt sich am Mittwoch (18.) nach Kassel, um mit dem Prinzen Wilhelm den dortigen Manövern beizuwohnen.

**Der Reichskanzler Fürst Bismarck ist am Montag (16.) von Gastein zurückgekehrt.**